

Weniger Steuern aus Lotto – Glücksspielstaatsvertrag belastet die Länderhaushalte

Interesse an Lotto schwindet

Hamburg, 27. Februar 2009 – Der Berliner Senat hatte im Jahr 2008 7 Millionen Euro weniger Einnahmen aus Lotto als im Jahr zuvor. Das entspricht einem Minus von rund 15 Prozent. Grund sind die Werbeverbote, die der am 1.1.2008 in Kraft getretene Glücksspielstaatsvertrag aufgrund der angeblichen Lottosuchtgefahr vorschreibt.

„Die Umsätze werden in diesem Jahr noch viel dramatischer zurückgehen“, prophezeit Norman Faber, Präsident des Deutschen Lottoverbandes. „Lotto wird ohne Werbung immer mehr aus der Wahrnehmung der Menschen verschwinden.“ Grund sei das Internetverbot für Lotto und Lotterien, das seit dem 1. Januar gilt. Darüber hinaus soll im August die Samstags-Ziehung der Lottozahlen auf 21.45 Uhr verschoben werden, was die Attraktivität des traditionellen Lottos weiter reduzieren wird. Eine im Dezember 2008 veröffentlichte Wirtschaftsstudie geht bis 2011 von durch den Glücksspielstaatsvertrag verursachten Einnahmeverlusten in Höhe von 5 Milliarden Euro aus. „Die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise sind dabei noch gar nicht einkalkuliert“, so Faber. „Der Verlust kann sogar auf 10 Milliarden Euro steigen.“

Um weitere dramatische Einbrüche zu verhindern und um die Zuwendungen für den Breitensport und soziale Einrichtungen zu sichern, müssen die Werbe- und Vertriebsbeschränkungen bei Lotterierprodukten dringend überdacht werden.

Pressekontakt:

Rüdiger Keuchel

info@deutscherlottoverband.de